

ISOR aktuell

Nummer 09/2023 ★ 31. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ September 2023

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

NEHMT DEN FRIEDEN IN DIE EIGENEN HÄNDE

- Der Deutsche Friedensrat vor einer wichtigen Konferenz -
Aus einem Kommentar von Rainer Rupp

Wir Bürger sind nicht so hilflos, wie wir glauben, wenn wir von einer neuen Propagandawelle der ARD- und ZDF-Megaphone des Berliner Ministeriums für Wahrheit überschwemmt werden. Denn Einigkeit macht stark. Und der „Deutsche Friedensrat e.V.“ bietet uns allen, – jenseits von Parteienklüngel und verdrehten rechts-links-Klischees und Vorurteilen – eine praktische Möglichkeit, in diesen schlimmen Zeiten die notwendige Einigkeit zu schaffen, weiter auszubauen und zu stärken. Mehr dazu weiter unten.

Der „Deutsche Friedensrat e. V (DFR) ist die deutsche Sektion des „Welt Friedens Rates (World Peace Council – WPC). In Vorbereitung auf die nächste Konferenz der europäischen Sektionen, die vom 28.-29.09.2023 in Berlin stattfinden wird, ruft der DFR dazu auf: „Den Frieden in die eigenen Hände zu nehmen“. Der 60-jährige Vorsitzende des Deutschen Friedensrats, der Historiker Gerhard Emil Fuchs-Kittowski, betont, dass sich der DFR als unabhängiger und überparteilicher Verein für Frieden und internationale Verständigung einsetzt. Wörtlich heißt es:

„Wir sind Teil der deutschen und internationalen Friedensbewegung. Humanismus und Pazifismus sind unsere Wurzeln. Unser Ziel ist die Ächtung des Krieges als Mittel der Politik und die Verurteilung der bewaffneten Gewalt zur Durchsetzung politischer, ökonomischer, ideologischer oder religiöser Ziele“.

„Seit unserer Gründung im Jahr 1949 bemühen wir uns um Einfluss in Politik und Gesellschaft für nachhaltigen Frieden. Erst recht seit dem US-NA-TOKrieg gegen Russland auf ukrainischem Territorium! Wir vertreten eindeutige Positionen, dazu die grundsätzliche, prinzipielle Einstellung, uns gegen jeden Krieg zu wenden! Es bringt keinen Konflikt zu einem Ende, wenn man sich der Propaganda hingibt oder wenn man nach scheinbar Schuldigen sucht oder Vorverurteilungen vertraut. Dies sind Sackgassen, die uns von unserem wichtigsten Ziel abhalten sollen: „FRIEDEN schaffen!“

Laut Erklärung des DFR wird der Verein seine Bemühungen verstärken, die Entscheidungen der deutschen Regierung und die der Organisationen und Bündnisse, in denen Deutschland Mitglied ist, wie NATO und EU, zu kritisieren.

„Zusammen mit den anderen europäischen Mitgliedern des Weltfriedensrates können und werden wir unsere und die Regierungen der anderen

europäischen Länder zu Änderungen ihrer Politik auffordern. ... Um diesen Einfluss auf unsere Politiker aufzubauen, haben wir zu diesem Kongress aufgerufen“.

Weiter heißt es, dass es bereits jetzt um unser eigenes Überleben geht; europa- und weltweit! Denn mit der Entscheidung der US-Regierung, Streubomben und andere hochentwickelte Waffen an die Ukraine zu liefern, befindet sich dieser Krieg in einer gefährlichen Wende, die selbst Freunde der ominösen „wertebasierten Gesellschaft“ zum moralischen Aufschrei hätte bewegen müssen. Der DFR geht davon aus, dass „mittlerweile die reale Möglichkeit einer direkten militärischen Beteiligung der NATO an diesem Konflikt besteht. Das aber hätte noch katastrophalere Folgen für die ganze Welt und den Frieden. Unsere Kinder würden die nächsten Opfer sein!“

Ausgehend vom letzten Kongress des Weltfriedensrates in Hanoi (Vietnam) vom 21.-26.11.2022 und den Anregungen von dort, müssen wir diesem einen weiteren Kongress in Europa folgen lassen. Die neuere Geschichte Vietnams ist ein Beispiel, wie aus einem schwelenden imperialen Konflikt einer der brutalsten Stellvertreterkriege der Erde geworden ist. Am Anfang standen auch nur Militärberater und Waffenlieferungen – am Ende erzwogen die westlichen Militärführer den Einsatz der Atombombe.

Letztlich wurden die Eskalationspläne der Kriegstreiber in Washington zur Wiederholung der atomaren Schrecken von Hiroshima und Nagasaki in Vietnam durch die atemberaubende, weltweite Erstarkung von Anti-Kriegs- und Friedensbewegungen gestoppt. Letztlich sah sich die US-Regierung gezwungen, unter dem Druck der großen Mehrheit der US-Bevölkerung am Verhandlungstisch mit Vietnam Frieden zu schließen. Das ist das friedenspolitische Vermächtnis von Vietnam und zugleich ein Signal für uns! Dieses Signal sagt auch: um des Friedens willen ist es das Gebot der Stunde, dass wir alle am gleichen Strang ziehen, mit Ideen, Vorschlägen, deren Weiterverbreitung und Aktionen!

Deshalb fordert der Deutsche Friedensrat euch alle auf, gemeinsam an einer aktiven Friedenslösung, an Vorschlägen für einen sofortigen Waffenstillstand zu arbeiten.

Idealerweise würden Leser in ihrem eigenen Umfeld mit Freunden und Bekannten die aktuelle kriegspolitische Lage im Zusammenhang mit der

Am 1. September ist

Weltfriedenstag

und eine Chance, den Herrschenden erneut die Ablehnung der Menschen gegenüber dem unseligen Konfrontations- und Kollisionskurs der USA, der NATO und EU gegenüber der Welt eindeutig vor Augen zu führen und für gesellschaftliche Veränderungen zu streiten.

Raimon Brete, Chemnitz

Ukraine und Russland diskutieren; und zwar mit dem Ziel, unter welchen Bedingungen, die womöglich in unserem Land erst noch geschaffen werden müssten, ein Waffenstillstand und dauerhafter Frieden möglich wäre.

Die Ergebnisse ernsthafter Diskussionen und Beratungen dieser Art sollten dann als kurze Zusammenfassung per E-Mail an den DFR geschickt werden, möglichst unter Angabe, wie viele Personen sich an den Diskussionen jeweils beteiligt haben. Die Konferenz, die Vorbereitungen und die Schaffung der Infrastruktur zur verstärkten Einbindung interessierter Leser und der breiteren Öffentlichkeit in die Friedensaktivitäten, Ideen und Pläne hört sich zwar gut an, aber es gilt das alte Sprichwort: „Ohne Moos nichts los“. Das alles kostet Geld und falls Ihr 'nen Euro für diese gute Sache übrig habt, am Ende des Artikels ist die Spendenadresse. Explizit wünscht sich der DFR-Vorsitzende Fuchs-Kittowski „von euch Vorschläge, die wir auf die folgenden Konferenzen in Rom, Peking und Wien bringen – Wir brauchen euch und die Öffentlichkeit! Denn unsere Konferenz und Eure Vorschläge sollen die Basis weiterer konzertierter Initiativen sein! Die Erste dieser Initiativen sollte unbedingt von Deutschland ausgehen! Dabei müssen wir nicht auf unsere Geschichte verweisen – es ergibt sich von selbst, dass deutsche Waffen keinen Russen und durch die Kriegsverlängerung indirekt, keinen Ukrainer mehr töten.“

Der nachfolgende Teil ist wortwörtlich vom Aufruf des „Deutschen Friedensrats e.V.“ übernommen:

Unsere Verpflichtung muss aber weiter reichen, muss weiterreichend sein!

Der Deutsche Friedensrat e.V. hat unter anderem mit seinen Briefen an die Ministerpräsidenten der 5 ostdeutschen Länder und Berlin die Einhaltung des 2+4-Vertrages gefordert. Drei Mal in der Geschichte waren bereits russische Truppen Sieger über deutsche Aggressionen gegen Russland. Zu Katherinas Zeiten und später wieder bis 1990 haben diese Russen unser Territorium besetzt und auch wieder verlassen und uns unsere Souveränität zurückgegeben. Andere Alliierte haben dagegen unser Vermögen und unsere Patente 2 Mal beschlagnahmt und nie zurückgegeben, sie sitzen heute noch mit Atombomben in unserem Land.

„Es gibt in der Tat ein Menschenrecht auf Frieden, zu dessen Einhaltung alle UN-Mitgliedstaaten verpflichtet sind. Für unser Überleben wäre es von entscheidender Bedeutung, dass die Regierungen das überholte Paradigma der bedingungslosen Kapitulation und „der Gewinner nimmt alles“ aufgeben sollten. Die aktuelle Kriegstreiberei der Politiker und die

Kriegstrommeln der Mainstream-Medien sind alles andere als „patriotisch“. Im Atomzeitalter sollte vielmehr alles getan werden, um Spannungen abzubauen und Brücken für einen Dialog zu bauen.“ So Alfred de Zayas.

Die Europa-WPC Mitglieder sind mehr als besorgt über den anhaltenden NATO-Russland-Krieg auf ukrainischem Boden, mehr als besorgt über die enorme Mobilisierung westlicher Waffen in der Ukraine, mehr als besorgt über das eingerichtete Waffen-Erprobungsfeld der Rüstungskonzerne, mehr als besorgt über eine sogenannte Gegenoffensive, die nur die besten Generationen ukrainischer und russischer Jugend als Kanonenfutter für einen hegemonialen Globalisierungs-Imperialismus benutzt.

Leider werden auf internationaler Ebene keine ernsthaften Initiativen zur Beendigung dieses Krieges ergriffen. Im Gegenteil, sagt doch der Ruf: „Die Ukraine muss gewinnen“ nichts anderes als: „Der Krieg wird verlängert – bis zum Endsieg!“ Wenn die Verantwortlichen wissen, dass ohne die NATO

Unterstützung der Krieg nicht gewinnbar ist, dann wird aus dieser Unterstützung ein Kriegsverbrechen. Wenn die NATO-Planungen heute Panzer und Flugzeugwerke in der Ukraine errichten wollen, dann richten sie sich für einen ewig andauernden Abnutzungskrieg ein. Diese Art von Überlegungen und Planungen sind Kriegsverbrechen!

Wir brauchen Sicherheitsarchitekturen und Sicherheitsgarantien für alle Länder!

Die Opfer in der Ukraine, das sind zuallererst die ukrainische und russische Jugend, die Regierenden opfern Europa, und dann die ganze Welt! NATO raus aus Deutschland! Europa muss sich als Ganzes sehen! Heutige Kriege zerstören die gesamte Menschheit in dem durch sie die größte globale Umweltzerstörung stattfindet! Die Erde ist rund – ein Krieg auf der Erde – ist Zerstörung der ganzen Erde! Dieser Zerstörung Einhalt zu gebieten ist Ziel dieser Konferenz. Die Koordinierung von Friedensaktionen, Friedenskonzepten und Propagierung von friedenssichernden Maßnahmen in Europa wollen wir anregen und in die öffentliche Diskus-

sion überführen. Wir wollen mit allen friedenspolitisch wirken! Wir wollen mit allen mehr noch in die Praxis gehen – dabei auch alle friedenspolitischen Kräfte zusätzlich inspirieren und bündeln. Zu dieser Bündelung gehört dieser Kongress. Lasst uns aktiv werden und uns konzentrieren!

Dem Deutschen Friedensrat e.V. liegt – auch aus der besonderen Verantwortung, die Deutschland seit 1945 zu tragen hat – sehr viel daran, das Sterben zu beenden durch die grundsätzliche Herbeiführung eines Waffenstillstandes. Dieses gelingt nur, wenn wir die Verantwortlichen in regierenden Positionen zu Friedensverhandlungen und zur Einhaltung des Völkerrechts öffentlich drängen. Unser Kongress dient dazu, einer breiten Öffentlichkeit und der Regierung zu zeigen, dass die große Mehrheit der Bevölkerung gegen Krieg und Kriegsverlängerung ist! Unser internationaler Kongress in Berlin, mit den europäischen Mitgliedsorganisationen des WeltFriedensRates (WPC), Wissenschaftlern und Aktivisten der Friedensbewegung soll hierzu einen Beitrag leisten.

*

»Das Schweigen ist für mich unerträglich«

Die Partei Die Linke und ihr ungeklärtes Verhältnis zum Faschismus in der Ukraine. Ein Gespräch mit Hans-Dieter Sill

Von Stefan Huth

Hans-Dieter Sill ist Mitglied des Kreisverbandes von Die Linke im Landkreis Rostock. Er ist emeritierter Hochschullehrer für Didaktik des Mathematikunterrichts an der Universität Rostock

Ihr Ortsverband hat sich Ende April mit einem offenen Brief an den Parteivorstand, PV, von Die Linke gewandt – »aus tiefer Sorge um den Erhalt des antifaschistischen Charakters unserer Partei, wie es darin heißt. Was genau war der Anlass für das Schreiben?

Es gab vor allem zwei Beweggründe. Erstens die Unzufriedenheit im Ortsverband und auch im Kreisvorstand, dem ich angehöre, zum Schweigen des PV zu den nationalistischen und faschistischen Tendenzen in der Ukraine verbunden mit unrealistischen Forderungen zur Beendigung des Krieges und zweitens das fast völlige Verschweigen dieser Tendenzen in den öffentlich-rechtlichen Medien sowie in den großen Tageszeitungen. Abgesehen von wenigen Andeutungen im ND ist die junge Welt die einzige Zeitung, die offen und fachlich fundiert dazu berichtet. Ich habe diese Berichterstattungen zu den faschistischen Erscheinungen mit zunehmender Wut verfolgt. Der letzte Anstoß für meine Initiative waren zwei Artikel von Susann Witt-Stahl in der jungen Welt vom 22. März 2023, in denen sie über die Bewunderung und Verehrung eines der blutrünstigsten Kampfverbände der Waffen-SS, der Sturmbrigade Dirlewanger, in der Ukraine schrieb. Die Taten dieser Faschisten werden vom Netzwerk »Misanthropic Division« gefeiert, das

dazu Fotos von »Bolschewistensafaris« mit toten »Untermenschen« verbreitet.

Hat der Parteivorstand auf Ihren Brief geantwortet? Gab es andere Reaktionen?

Auf unseren Brief vom 20. April, den ich auch an alle Landes- und Kreisverbände geschickt habe, hat sich erst nach einer Aufforderung unseres Landesvorsitzenden der Bundesgeschäftsführer am 16. Mai geäußert. Er teilte mir mit, dass er bereits am 28. April mit den Parteivorsitzenden darüber gesprochen hatte, berichtete über Aktivitäten gegen die AfD als Beispiele antifaschistischer Arbeit und wies Äußerungen im Brief zu Organisationen und Parteimitgliedern als Verleumdungen zurück. Auch die Tatsache, dass die im Brief genannten 16 Quellen alle aus einer Zeitung – der jW – und 13 von nur einer Person – Susann Witt-Stahl – stammen, nannte er als Gründe dafür, auf die weitere Beschäftigung mit dem Anliegen des Briefes zu verzichten.

Von den 348 angeschriebenen Landes- und Kreisverbänden habe ich zwölf zustimmende Äußerungen aus insgesamt neun Bundesländern und acht ablehnende Äußerungen aus fünf Bundesländern erhalten. Bei allen Ablehnungen sowie auch der Reaktion aus dem PV habe ich den Eindruck, dass die mitgeschickten 16 Artikel nicht gelesen wurden.

Aus welchen Parteigliederungen kam Zustimmung, aus welchen Ablehnung? Wurden die Einschätzungen auch begründet?

Zustimmung kam aus den KV Oberbayern, Heilbronn-Unterland, Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg, Unna, Schleswig-Flensburg,

Donnersberg, Osnabrück, Starnberg, Rhein-Kreis Neuss, Rhein-Hunsrück und Wetterau. Ablehnende Äußerungen erhielt ich von der VVN Rostock zur Feststellung, dass auch die VVN schon vom nationalistischen Gedankengut aus der Ukraine infiltriert sei, sowie generelle Ablehnungen aus den KV Lahn-Dill-Kreis, Cuxhaven, Altenkirchen, Rheingau Taunus und Kiel sowie der Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Remscheid. Die Rückmeldungen bestanden oft nur in kurzen Aussagen wie »bitte weniger RT konsumieren«, »an diesem Unsinn habe ich kein Interesse«, »Ihr kennt Euch bei den Linkssektierer*innen in Hamburg noch nicht so gut aus«, »bitte keine E-Mails mehr«, »zur politischen Willensbildung sind wir auch ohne »offene Briefe« fähig«. Inhaltlich hat sich nur der KV Altenkirchen geäußert, der meinte, dass die drei faschistischen Parteien bei der letzten Wahl nur 2,15 Prozent erreicht haben und daher nicht im Parlament vertreten sind, das »Asow«-Regiment zwar teilweise mit Faschisten durchsetzt ist und auch der »Rechte Sektor« ebenfalls an den »Euromaidan«-Protesten beteiligt war, aber dies in keiner Weise bestimmend für die ukrainische Politik sei.

Linke-Bundesgeschäftsführer Tobias Bank hat einen Verleumdungsvorwurf gegen Sie erhoben und eine »Entschuldigung« verlangt. Was genau meint er, und wie haben Sie reagiert?

Ich hatte in dem Brief faktenbasiert auf den tragischen Umstand hingewiesen, dass eigentlich progressive linke und antifaschistische Organisationen zunehmend von nationalistischem und faschistischem Gedankengut aus der Ukraine beein-

flusst werden. Als Beispiele nannte ich u. a., dass Juliane Nagel ukrainische Nationalisten hofiert und Bodo Ramelow Waffenlieferungen fordert. In meiner Antwort habe ich u. a. herausgestellt, dass alle Behauptungen durch Fakten zu belegen sind und die *junge Welt* nun mal die einzige Zeitung ist, die darüber berichtet. Weiterhin habe ich ihm meine ausführlichen Antworten an den VVN Rostock und den KV Altenkirchen geschickt. Ich habe die Landes- und Kreisverbände am 12. Juni über die Antwort des PV informiert und eine Zusammenfassung von Fakten zu faschistischen Erscheinungen in der Ukraine mitgeschickt.

Wie erklären Sie sich das fehlende Problembewusstsein des PV angesichts des, wie Sie schreiben, »großen Einflusses« des Faschismus auf den ukrainischen Staat?

Angesichts der eindeutigen Problemlage kann ich mir die Scheu des PV vor klaren Aussagen nicht erklären. Der Kampf gegen faschistische Tendenzen jeglicher Art sollte ein Grundanliegen der Partei Die Linke sein. Eine Ursache könnte vielleicht in der für mich unverständlichen Ablehnung der *jungen Welt* als Informationsorgan liegen, was ich aus Zuschriften und Äußerungen herausgehört habe.

Die staatliche Repression gegen linke, vor allem marxistische Akteure in der Ukraine taucht als Thema so gut wie nie in deutschen Leitmedien auf. Aber auch von Die Linke war zu den Verfolgungen fortschrittlicher Kräfte dort praktisch nichts zu hören. Wie beurteilen Sie das?

Das Schweigen zu den Verboten, Verfolgungen und sogar Ermordungen von marxistischen linken Kräften in der Ukraine ist für mich unerträglich. Wir machen uns in gewisser Weise mitschuldig. Genauso unerträglich ist aber auch für mich die Tolerierung sich als links bezeichnender, offen die nationalistische und rassistische Politik der ukrainischen Regierung propagierender Personen und Gruppen aus der Ukraine, sogar in solchen Organisationen wie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, RLS, oder der VVN.

Bis heute ist in der Linkspartei kein klarer Kurs mit Blick auf den Ukraine-Krieg erkennbar, offizielle Stellungnahmen reichen von Äquidistanz

bis hin zum Eintreten für NATO-Positionen. Ist die Stimmung an der Basis Ihrer Einschätzung nach eine andere?

Die Mehrzahl der Genossinnen und Genossen aus meinem Umfeld vermisst diesen klaren Kurs des PV zum Krieg in der Ukraine und sieht dieses Defizit sogar als eine der wesentlichen Ursachen für den Niedergang der Linkspartei in der Öffentlichkeit an.

Wie sollte eine »offene und gründliche Debatte« über faschistische Erscheinungen in der Ukraine, die Sie in Ihrem Brief einfordern, konkret aussehen?

Ich hatte bereits am 28. Januar 2023 in einem Brief an die beiden Parteivorsitzenden meine Vorstellungen für eine solche Debatte unterbreitet, worauf ich von einer persönlichen Mitarbeiterin nur eine nichtssagende Antwort erhielt. Ich hatte eine sachliche, militärwissenschaftlich und völkerrechtlich fundierte Diskussion im Parteivorstand vorgeschlagen und sieben mögliche Argumentationsweisen genannt. Im Kern rege ich an, dass wir das Töten von Menschen und die drohende Gefahr der Ausweitung des Krieges in den Mittelpunkt unserer Argumentation stellen und dies mit realisierbaren Vorschlägen auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowie mit einer sowohl russland- als auch ukrainekritischen Haltung verbinden. So könnten wir eine große Anzahl von Bürgerinnen und Bürger aller Parteien ansprechen.

Ein zentraler Punkt der Debatte ist die Auseinandersetzung mit dem Faschismusbegriff. Ich habe auf der Grundlage der Studie der RLS »Faschismus in Geschichte und Gegenwart« Fakten aus der Ukraine zu acht Merkmalen des Faschismus zusammengestellt, wie Antikommunismus, Existenz einer staatstragenden nationalistischen Partei mit faschistischen Zügen, Rassismus gegen nationale Minderheiten, insbesondere Russen und Juden, Existenz paramilitärischer Gruppen sowie Verbot und Verfolgung oppositioneller Parteien und Gruppierungen.

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Tageszeitung „jungeWelt“ vom 23. August 2023

Zwischenruf

Hui, das ging gerade nochmal gut. Unvorstellbares wäre am Weltfriedenstag in Cottbus geschehen. Da war nämlich der Auftritt des Sängers Tino Eisbrenner geplant und also auch vereinbart. Mit der Linkspartei Lausitz. Die hatte ihn dann aber – nomen est omen – schnell noch gelinkt, indem sie ihm zu wissen gab, dass nach seinem vormaligen Auftritt im Staatsfernsehen Russlands aus Gründen der „Geschmacklosigkeit“ (Christopher Neumann, Links-Vorsitzender im Lausitzkreis) ein Auftritt am Cottbuser Stadtbrunnen eine schiere Unmöglichkeit wäre. Das hat ein Geschmäckle. **w.k.**

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel
c/o Geschäftsstelle und Redaktion

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift: ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 30.08.2023

Einstellung im Internet: 08.09.2023

Auslieferung: 13.09.2023

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.09.2023

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführerin: Anja Mewes: Di/Mi 9-16 Uhr,
Tel.:(030) 29784316

Stellv. GF Peter Ott, Di/Do 8-15 Uhr,

Tel. (030)29784315

E-Mail: ISOR-Berlin1@t-online.de

Schatzmeister: Hans-Peter Speck, Di/Mi 8-15 Uhr,

Tel.: (030) 29784317 • Fax.: (030) -29784320

E-Mail: isor-finanz@t-online.de

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56
BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung (030 29784 316)